



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/VII/98 - 9. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 866 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Politische Disziplin</u> Strauss und das gute Beispiel Von Fritz Sänger, MdB	70
3 - 4	<u>Tuchfühlung mit dem Bürger</u> Bayern-Programm wird CSU-Lektüre Von Helmut Bauer	66
5 - 6	<u>Hessens "Soziale Aufrüstung" in der Türkei</u> Ein Beispiel für praktische Hilfe Von Kurt Kühnmünch, Wiesbaden	68
7	<u>70 Jahre "Gleichheit"</u> Ehrenplatz in der deutschen Arbeiterbewegung	36
8	<u>Klarheit über Frankreichs Politik?</u> Vor der Pressekonferenz des Staatspräsidenten Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	43

* * *

* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Politische Disziplin

Von Fritz Sänger, MdB

Es wäre kaum auszudenken wohltuend, wenn Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss beabsichtigte, sich künftig selbst unter die Anordnungen des Erlasses zu stellen, den er soeben für seine Soldaten und Beamten aller Dienstgrade ausgegeben hat, sich bei öffentlichen Aussagen einer selbstverständlichen politischen Disziplin zu befleissigen. Er hat diese Selbstverständlichkeit jedenfalls bisher weder in jener Rede geübt, in der er ohne Rücksicht auf das unmittelbar vorangegangene Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten am 27. November 1961 vor den Studenten der Universität Georgetown völlig neue Aspekte internationaler Zusammenarbeit kennzeichnete, noch hat Bundesminister Strauss in Athen vor und nach der NATO-Konferenz die Richtlinien der Politik des Kanzlers eingehalten - es sei denn, sie sind anders als wir sie kennen.

Ob Strauss wirklich gesagt hat, wie von guten Zeugen auch gegen das Dementi seines Ministeriums behauptet wird, diese Konferenz müsse eine Reihe von Vorschlägen zur Bildung einer NATO-Atomkraft entweder annehmen oder ablehnen oder ob er sich ähnlich ausgedrückt hat, wie das Dementi durchaus offen lässt - es bleibt bei der nun seit Monaten immer wieder festzustellenden Unklarheit darüber, welches das Ziel der deutschen Verteidigungsmassnahmen wirklich ist. Die Verteidigungspolitik ist klar: sie soll und muss den Frieden erhalten.

Da gibt es ein Gespräch, das die "Deutsche Zeitung", eifrig in dem Bemuhschaften origineller Nachrichten und Informationen, mit dem Bundesminister nach der Athen-Konferenz gehabt hat und über das sie am 5. Mai berichtete. Es beginnt mit einem Paukenschlag: Strauss habe amerikanische Forderungen nach einer verstärkten konventionellen Rüstung der Bundesrepublik zurückgewiesen. Die Art, in der das geschehen sein muss, dürfte einen trotzigem, verärgerten, nahezu bösen Strauss gezeigt haben. Zunächst habe er, sagte der Minister nach dem Bericht, keine offiziellen Informationen oder Anforderungen; auch habe McNamara nicht dazu Stellung genommen, mit dem er gesprochen habe, dies sei auch keine bilaterale Forderung; erst müssten noch Fragen auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen geklärt werden; andere Verteidigungsminister wollten ebenfalls diese Fragen nochmals erörtern; mit einem neuen Dokument, M C 96, allein sei noch

nichts getan ...! So und ähnlich lauteten die Einwände. Dann aber wurden sie härter: Die NATO müsse "ein ausgewogenes Äquivalent an konventionellen und atomaren Komponenten haben", es gehe immer auch um die Ausrüstung der Verbände, nicht nur um ihren Bestand. Und: konventionelle Waffen seien teuer, sagte der Bundesminister ebenfalls, dessen Milliardenforderungen an den Haushalt stets dem grössten Respekt begegnen und man brauche lange Zeit für ihre Entwicklung und Herstellung und dabei würden dann dem Arbeitsmarkt wichtige Kräfte entzogen, fügte Strauss nach dem Bericht hinzu.

Satz für Satz muss man mit Sorgfalt überdenken: man hört aus allem nur das Nein! Nein, keine konventionellen, wohl aber atomare Waffen oder beides! Das und nur das will Franz Josef Strauss erretzen, auch nachdem ihm gerade vorher eröffnet worden war, was er natürlich längst wusste, dass es eine Fiktion sei und bleiben werde, von einer unabhängigen Atommacht NATO zu redden oder von einer gleichberechtigten Kombination der NATO-Macht mit der amerikanischen und englischen Atomkraft. Gäbe es im Westen noch andere Kombinationen? Treibt es den Bundesminister für Verteidigung, dass es sie geben möge? Welches Spiel treibt er da und ist es das, das den Richtlinien der Politik des Bundeskanzlers entspricht?

Nur wenige Zeilen weiter berichtet die gleiche Zeitung, dass "seit einiger Zeit bei der Bundesregierung Überlegungen angestellt werden", 40 000 Mann Soldaten mehr aufzustellen, die als "vier zusätzliche Brigaden in nationaler Zuständigkeit verbleiben" sollen. Man könne dies doch eigentlich auch so heissen es in der Nachricht, als eine Vermehrung der konventioneller deutschen Truppen ansehen, wie die USA die wünschten. Es gibt keinen Grund, die Zuverlässigkeit der Nachricht zu bezweifeln. Dann aber muss gefragt werden: Nicht der NATO unterstellt sein? Warum wird in diesem Augenblick und in diesem Zusammenhang betont, sie würden der nationalen Zuständigkeit verbleiben? Wie sollen diese Verbände ausgerüstet werden, wenn nicht auch mit den teuren konventionellen Waffen, die so lange Zeit der Herstellung benötigen und so zahlreiche wichtige Arbeitskräfte binden?

Wir wissen, dass die Gedanken des Bundesverteidigungsministers wunderliche Wege gegangen sind und nicht selten gehen, wenn nötig zuerst und vor allem nach Spanien, wenn nötig nach Passau - wohin noch? Es wäre sehr nützlich, wenn Franz Josef Strauss sich der politischen Disziplin unterstellte, die er mit Recht von seinen Mitarbeitern fordert, einer Disziplin, die das nationale Wohl des Landes und Volkes fordert und die eigenwillige Experimente nicht erträgt.

Tuchfühlung mit dem Bürger

Von Helmut Bauer

Wer hätte schon einmal davon gehört, daß die eine Partei bei der anderen, also ihrer politischen Konkurrenz, in aller Form anfragt, ob man sich nicht ihren Programmentwurf einmal ausborgen könnte? Wenn dann gar gleich 700 Exemplare eines solchen Dokuments erbeten werden, wird die Sache, wie man unter Journalisten sagen würde, meldungsreif. Die Nachricht müßte ungefähr so lauten:

In diesen Tagen fragte die CSU-Landesleitung in aller Form beim SPD-Landbüro in der bayerischen Hauptstadt an, ob man 700 Exemplare des "Bayernprogramms", das die SPD als Grundlage für das große Gespräch mit jedermann entworfen hat, erwerben könne. Die SPD sagte ja und lieferte wunschgemäß.

+ + +

Was läßt sich daraus schließen? Wir meinen vielerlei. Eines scheidet aus: Wenn sich die maßgeblichen Männer der CSU in den Diskussionsentwurf der bayerischen SPD vertiefen, dann sicherlich nicht, um ihn künftig zu preisen. Wahrscheinlicher ist schon, daß die CSU nach einem Haken sucht, an dem sie ihre Gegenargumentation aufhängen kann. Immerhin ist es bisher nicht Usus gewesen, Programm-Entwürfe des politischen Gegners gleich en masse zu erbitten. Wenn sich dennoch die CSU-Landesleitung nicht genierte, so zu handeln, muß sie ihre guten Gründe haben.

Es ist ja kein Geheimnis, daß das Bayern-Programm weit über die Grenzen unseres Heimatlandes hinaus Beachtung gefunden hat. Das weiß auch die CSU. Ebenso ist ihr aus eigener Erfahrung bekannt, wie gut das detaillierte SPD-Regierungs-Programm vom Jahre 1961 eingeschlagen hat. Vermutlich will man sich deshalb so frühzeitig wie nur möglich mit dem politischen Wollen der bayerischen Opposition beschäftigen. Das ist freilich um so bemerkenswerter, als es sich nicht um ein Wahlprogramm handelt. Schließlich legt das Bayernprogramm die politische Arbeit der SPD auf lange Zeit fest, ist völlig unabhängig vom November-Wahltermin dieses Jahres und wird wahrscheinlich seine endgültige Fassung erst im Jahre 1963 erhalten. Dennoch bereitet sich die CSU heute schon auf die Auseinandersetzung mit dem Programminhalt vor. Das wiederum könnte sein Gutes haben. Denn wenn man die CSU-Korrespondenz liest,

gewinnt man immer wieder die Überzeugung, daß sich diese Partei nach wie vor nur ungern mit der sozialdemokratischen Wirklichkeit befaßt. Sollte das anders werden, wäre es nur zu begrüßen. Dann würde sich nämlich ein geistiger Wettstreit entwickeln, den wir im allgemeinen leider nur vom Hörensagen kennen.

+ + +

Unabhängig davon, wie die CSU reagieren wird, wenn der bei ihr in Frage kommende Kreis den Programmentwurf durchstudiert hat - von seiten der SPD sind alle Vorbereitungen getroffen, um das Gespräch mit jedermann in Gang zu bringen. Im Landesvorstand zeigt man jetzt schon große Befriedigung über die bisherige Mitarbeit weiter Bevölkerungskreise. Bekanntlich hatte Waldemar von Knoeringen, der sich nach seiner Rückkehr aus Bonn mit ganzer Kraft auf die bayerische Politik gestürzt hat, in Briefen viele Hunderte von Staatsbürgern um Äußerungen gebeten. Sie sollten auf Grund ihrer Kenntnis Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaftsordnung aufzeigen - und das taten viele. Was sie zur Programm-Diskussion beisteuerten, ist bereits im Entwurf verwertet. Nun wird das fertige Produkt zur Diskussion gestellt. Jeder, der staatsbürgerliche Verantwortung in sich spürt und teilnimmt am politischen Geschehen, ist zu diesem Gespräch eingeladen. Wenn man so will, setzt damit die bayerische SPD fort, was Willy Brandt 1961 im Bundesmaßstab begonnen hat. Natürlich ist die Form ganz anders, die Methode völlig neu, aber im Kern geht es nach wie vor darum, mit jedem einzelnen Staatsbürger in unmittelbare Tuchfühlung zu kommen, und daran mangelt es ja unserer Demokratie. Versammlungen werden, seit der Bildschirm-Politik ins Wohnzimmer liefert, nicht mehr sonderlich gern besucht. 10 oder 20 Minuten Tagesschau genügen vielen. Aber eine politische Meinungsbildung kann sich so kaum vollziehen. Außerdem bedarf die Demokratie der tätigen Mitwirkung einer möglichst großen Zahl von Staatsbürgern.

Wenn also die SPD jetzt die Lethargie eines großen Teils unseres Volkes zu überwinden sucht, dann leistet sie damit zugleich der demokratischen Sache an sich einen großen Dienst. Auch das soll einmal in aller Objektivität festgestellt werden.

+ + +

Hessens "Soziale Aufrüstung" in der Türkei

Von Kurt KuhnMünch, Wiesbaden

In diesen Tagen besteht das hessische Programm "Soziale Aufrüstung des Dorfes" zehn Jahre. Die rund 200 hessischen Dorfgemeinschaftshäuser sind auch im Ausland bekannt geworden. Der RAT DER GEMEINTEN EUROPAS und der EUROPÄISCHE KONGRESS FÜR FREIZEITFRAGEN in Straßburg haben das Programm empfohlen. Vom 22. bis 25. Mai wird die steiermärkische Landesregierung auf Einladung von Ministerpräsident Dr. G.A. Zinn Hessen besuchen und auch die hessischen Maßnahmen zur Strukturverbesserung der Landgemeinden studieren. Die türkische Regierung hatte Innenminister Schneider eingeladen, in Ankara einen Vortrag über die "Soziale Aufrüstung des Dorfes" zu halten. Oberregierungsrat K.KuhnMünch, der Referent für dieses Programm in Hessen, vertrat den Minister und schildert nachstehend seine Eindrücke.

Die türkische Regierung hat die Absicht, in ihrer neuen Gesetzgebung die Arbeit stärker auf die Entwicklung des Dorfes zu konzentrieren. Sie bereitet zur Zeit ein Gesetz zur sozialen Aufrüstung des Dorfes vor und ist deswegen an allen Anregungen interessiert.

Wenn man den Aufbau in den Städten sieht, glaubt man, daß die Entwicklung am türkischen Dorf vorübergegangen sei. Schon allein daraus ergibt sich für die Regierung der Zwang, sich stärker dem dörflichen Problem zuzuwenden. Ja, man kann sagen, daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Dorf eine der Voraussetzungen für den Bestand der gegenwärtigen Regierung in Ankara ist.

Im Dorf lebt dieses gute und anspruchslose Volk ein bescheidenes Leben, gehorsam im alten Glauben und in der Ruhe der Orientalen. Gerne überläßt man jede Sorge und Entscheidung dem gütigen Gott Allah, dem Schicksal, gleichwohl, ob es sich um Geburt, Wachstum und Sterben, Gesundheit und Pflege, Viehhaltung und Ernte oder Unterkunft und Nahrung handelt.

Nur wenige Flugstunden von Frankfurt entfernt, in Anatolien, kann sich die Mehrzahl der Menschen weder einen nach unseren Begriffen normalen Anzug noch das entsprechende Schuhwerk leisten. Die Familien haben mit durchschnittlich fünf Kindern ein Jahreseinkommen von etwa 1000 DM. Grundnahrungsmittel sind billiger als bei uns, doch Industriewaren sind nur zu unseren Preisen erhältlich, oft kosten sie bei geringerer Qualität wesentlich mehr.

Die zweite türkische Republik

Am 27. Mai 1960 wurde mit dem Sturz Menderes die erste Republik zu Grabe getragen. Eine Führungsschicht von jungen Offizieren hat eine Erneuerungsbewegung eingeleitet und dabei insbesondere die Unterstützung der USA gefunden. Die Bemühungen des Ministerpräsidenten İnönü, eine Demokratie nach englischem Beispiel zu installieren, werden von den gebildeten Türken anerkannt. Doch man vertritt in weiten Kreisen die Auffassung, daß die Lösung der scheinbar unlösbaren Probleme nur über eine starke staatliche Autorität erreichbar sei.

Noch 17 Millionen Analphabeten

Das Problem Nummer Eins ist die Volksbildung. Seit 40 Jahren besteht nur die fünfjährige Schulpflicht, doch es fehlt heute noch in 15 000 Dörfern die Schule. Immerhin konnten vor 40 Jahren keine 10 Prozent der Bevölkerung schreiben und lesen, heute sind es aber 40 Prozent. Die Schulen können heute 70 Prozent der lernfreudigen Jugend einen Platz bieten, wenn es auch Schulen oft einfachster Art sind. Die Bemühungen der Regierung sind außerordentlich wertvoll, wenn man von der Gegenwart ausgeht und von den geringen zur Verfügung stehenden Mitteln. Jetzt werden jährlich 800 neue Schulen eingerichtet und 4000 Lehrer ausgebildet.

Türken wollen Hessen besuchen

Aus dem Senat und dem Kultusministerium ist an mich der Wunsch herangetragen worden, daß die hessische Landesregierung im Einvernehmen mit der Bundesregierung etwa zehn Persönlichkeiten aus der Türkei Gelegenheit geben möge, im Sommer 1962 für vielleicht vier Wochen die hessische Landespolitik hinsichtlich der Entwicklung der Landgemeinden zu studieren. Die hessische Landesregierung wird sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Hessen würde mit solchen menschlichen Kontakten einen guten Beitrag für die Entwicklung eines befreundeten Volkes leisten können.

Hessisches Dorfgemeinschaftshaus im türkischen Dorf?

Wie wichtig für die Türkei das ländliche Problem ist, zeigt die Tatsache, daß kaum ein Tag vergeht, ohne daß sich die türkischen Zeitungen mit diesen Fragen beschäftigen. Etwas voreilig empfahl eine namhafte Tageszeitung anlässlich meines Besuches, in der Türkei ein "Musterdorf" nach hessischem Beispiel zu bauen. Es hieße aber, einem armen Mann einen Traktat zu schenken, wollte man das hessische Dorfgemeinschaftshaus, auch mit neuesten automatischen Waschmaschinen und Einrichtungen zur Arbeitserleichterung in das türkische Dorf verpflanzen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, die Schritte zur Erzielung eines höheren Lebensstandards nicht zu sprunghaft zu tun. Die hessischen Bemühungen zur Strukturverbesserung des flachen Landes wurden aber türkischerseits als eine Fundgrube für eigene Lösungen bezeichnet.

Das türkische Kultusministerium ist daran interessiert, mit deutscher Beratungshilfe zunächst einige Dorfgemeinschaftshäuser zu erstellen und auch vielleicht mit deutscher materieller Hilfe auszustatten. Ein Dorfgemeinschaftshaus für türkische Bedürfnisse müßte ein Zentrum der Erwachsenenbildung und der Gesundheitspflege sein. Es müßte helfen, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beizutragen. Das wäre besonders für die Frauen wünschenswert, die im Schatten der Männer stehen.

Keine eigene "Außenpolitik"

Natürlich sind Entwicklungshilfe und die Beziehungen mit dem Ausland Angelegenheit der Bundesregierung. Hessen pflegt seine Kontakte mit dem Ausland deswegen auch im Einvernehmen mit dem Bund. Immerhin ist es für die hessische Landespolitik bezeichnend, daß sich Regierungen und Organisationen aus dem Ausland immer wieder für das hessische Beispiel interessieren. Schon viele hessische Sachverständige haben ausländische Regierungen beraten. Hessen hat im Ausland einen guten Namen.

70 Jahre "Gleichheit"

Ehrenplatz in der deutschen Arbeiterbewegung

FM - Die "Gleichheit", das im Neuen-Vorwärts-Verlag, Bad Godesberg, erscheinende "Blatt der arbeitenden Frau", erinnert sich in diesem Monat ihrer Gründung vor 70 Jahren. Hervorgegangen aus der von Emma I h r e r unter dem Namen "Die Arbeiterin" 1891 in Berlin ins Leben gerufenen sozialdemokratischen Frauenzeitschrift, erschien im Mai 1892 im Verlag von I.H.W. Dietz, Stuttgart erstmalig als Halbmonatsschrift die "Gleichheit", "Organ für die Interessen der Arbeiterinnen". Geleitet wurde sie von Clara Z e t k i n, einer ungewöhnlich klugen und temperamentvollen Frau, die in vieljähriger Arbeit der sozialdemokratischen Frauenbewegung das geistige Fundament schuf. Mit ihrem Namen verbindet sich die Erinnerung an die Glanzzeit der "Gleichheit".

Obwohl Gestalt und Inhalt des Blattes Gegenstand häufiger Klage waren, erreichte es 1914 die stattliche Auflage von 130 000, die im ersten Weltkrieg auf 19 000 zurückging. Inzwischen hatte Clara Zetkin die Redaktion abgeben müssen, nachdem sich ihre Wege von denen der Partei getrennt hatten. Ihre Nachfolgerin wurde Clara B o h m - S c h u o h, die 1919 von Mathilde W u r m abgelöst wurde. Die "Gleichheit" kam jetzt wöchentlich heraus und erschien im Berliner Vorwärts-Verlag. 1922 unternahm man den Versuch einer Trennung zwischen Funktionsorgan und populärer Frauenzeitung. Die "Gleichheit" nahm den Namen "Die Genossin" an, und neben ihr gab es die illustrierte "Frauenwelt" unter der Redaktion von Tony S e n d e r.

Nach der totalen Unterdrückung der Sozialdemokratie und ihrer Publizistik im Hitler-Reich ist 1946 die "Gleichheit" wiedererstanden, geleitet bis zum heutigen Tage von Herta G o t t h e l f, die schon vor 1933 an den sozialdemokratischen Frauenzeitschriften tätig gewesen war. Die Mai-Nummer der "Gleichheit" steht im Zeichen des 70-Jahre-Jubiläums der Zeitschrift, deren bedeutende Rolle im Kampf um die Gleichberechtigung der Frau in einer Reihe von Geleitworten gewürdigt wird.

Der SPD-Vorsitzende Erich O l l e n k a u e r schreibt u.a.: "Es mag sein, daß in Zukunft Form und Aufgaben unserer Publizistik sich ändern, in der Reihe der Publikationen der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung wird die "Gleichheit" immer einen Ehrenplatz einnehmen."

Klarheit über Frankreichs Politik?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreichs Staatspräsident wird am 15. Mai wieder vor der internationalen Presse stehen, zum ersten Mal seit September 1961. Seither ist unter den Brücken der Seine viel Wasser geflossen.

Immer noch Algerien...

De Gaulle sprach damals vor allem von der Möglichkeit einer "Neugruppierung" und eines Abzuges der Algerienfranzosen, falls es zwischen Paris und der FLN zu keiner Einigung kommen sollte. Seine Ankündigung erregte damals grosses Aufsehen und Proteste selbst in liberalen Kreisen. Die französisch-algerischen Verhandlungen haben seither zu einem Waffenstillstand mit der FLN geführt; mit dem fanatischen Widerstand der in Algerien lebenden europäischen Bevölkerung stellt man sich aber die Frage, ob das algerische Drama nicht dennoch mit einer massiven Ausweisung oder einem Abzug der meisten Algerienfranzosen enden wird. Der französische Staatschef wird diesbezüglich zweifellos eine Reihe von Fragen zu beantworten haben. Im Evian-Abkommen sind für die Algerienfranzosen hervorragende Garantien vorgesehen. Nicht nur Frankreich, auch die algerischen Nationalisten sind nämlich aus wirtschaftlichen und technischen Gründen daran interessiert, dass die Europäer im Lande bleiben und an der Errichtung der neuen Republik loyal mitarbeiten.

Ist nun der ganze Evian-Vertrag gefährdet, weil die französische Minderheit diese Chance für sich und für Frankreich aus Eigensinn und Fanatismus vertut? Die Zeiger der Geschichte rücken unaufhaltsam vorwärts. Wahrscheinlich findet die algerische Volksabstimmung, die so lange versprochene und ersehnte Selbstbestimmung schon im Juli statt. Ihr Ergebnis - die staatliche Unabhängigkeit - steht jetzt schon fest. Die Algerienfranzosen haben die Wahl, sich dieser Entwicklung anzuschliessen und ihr Rechnung zu tragen oder ihre Existenzgrundlage in Algerien selbst zu vernichten.

Ein neuer Abschnitt?

Während de Gaulle den Vertretern der internationalen Presse Rede und Antwort steht, wird am gleichen Tage sein großer Gegenspieler Salan sich vor dem hohen Militärtribunal zu verantworten haben. Der französische Staatschef wird aber diesmal vor allem auf die internationale politische Situation eingehen. Die fortschreitende Beilegung des Algerienkonflikts öffnet für die französische Aussenpolitik neue Möglichkeiten. Ob sie im Interesse der europäischen und atlantischen Solidarität genutzt werden, bleibt abzuwarten.

Die Vertreter der internationalen Presse werden voraussichtlich eine Reihe von Fragen über die Ost-West-Beziehungen stellen, über die Berlinkrise, die Abrüstung, die Wiederaufnahme der amerikanischen Kernwaffenversuche, die NATO und die EWG.

In allen diesen Punkten unterscheidet sich die französische Aussenpolitik, die bekanntlich fast ausschließlich vom Präsident-General geleitet und geführt wird, vom Standpunkt der Vereinigten Staaten und der anderen Alliierten.